

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 21 (1927)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und gross, dass sie als sein Werk und seine Tat leben wird, nicht trotz seines frühen Todes, sondern gerade infolge desselben. Freilich werden wir ihn gerade jetzt aufs schwerste vermissen. Denn er war innerhalb der Partei der eigentliche Führer des so notwendigen Kampfes gegen das System, das heute noch den Anspruch macht, den schweizerischen Sozialismus darzustellen und zu leiten. Aber deswegen darf uns um den Fortgang dieses Kampfes nicht im geringsten bange sein. Es werden ihm aus dem gleichen Geiste, den Charles Naine vertrat, immer neue, und immer zahlreichere Streiter erstehen. Sie alle werden in dem früh geschiedenen Kämpfer eine der hellsten und liebenswer-testen Gestalten des schweizerischen Sozialismus verehren. Er ist gestorben, aber er lebt.

L. R.

30. Dez. 1926.

Zur Chronik. Der weltpolitische Ausblick, der sich in der zweiten Hälfte des letzten Jahres so stark aufgehellt hatte, ist augenblicklich wieder etwas düsterer. Die Verdüsterung geht von zwei Punkten aus: von Rom und Moskau. Das liegt in der Natur der Dinge; denn Faschismus und Bolschewismus sind, wenigstens auf der Oberfläche, die beiden Unfriedenstaggeber der heutigen Welt. Rom wühlt in aller Welt, besonders aber in Europa. Sein Werk sind jene schmachvollen Umtriebe, die in der Garibaldi-Affäre ans Licht kamen, sein Werk die Vorgänge mit Albanien, die einen neuen, politischen Kriegsherd schaffen. Dabei soll Chamberlain mitgewirkt haben; ob er wohl dafür den Nobelpreis für Verdienste um den Frieden erhalten hat? Er hat ja noch andere Verdienste von ähnlicher und noch wichtigerer Art! Rom wühlt in Bulgarien, Ungarn, Polen, in der Tschechoslovakei und den baltischen Staaten. Dort rumort überall der Faschismus und die Verbindung mit Rom stellt sich her. Rom sucht auch die deutsch-französische Verständigung zu stören. Diese ist im Grunde durch das Urteil von Landau wohl eher gestärkt worden. Denn dessen Aufhebung durch die französische Regierung zeigt doch, dass in diesen Dingen ein neuer Stil begonnen hat. Ebenso ist sie gestärkt worden durch die Rede Scheidemanns im deutschen Reichstag, welche die deutschen Geheimrüstungen vor aller Welt (und besonders vor dem deutschen Volke!) aufdeckte und damit mancherlei frühere Sünden dieses Politikers ein wenig gut machte. Weiter bedeutet auch die Aufhebung der alliierten Militärkontrolle über Deutschland einen Beitrag zur Verständigung. Freilich bleibt die deutsche geheime militärische Rüstung, deren Tatsächlichkeit wohl kein Ehrlicher und Orientierter mehr zu bestreiten wagt, eine schwere Beunruhigung. In den pazifistischen Kreisen Deutschlands besteht ein Meinungsunterschied bloss darüber, ob diese Rüstungen sich bloss gegen innen, d. h. gegen die Republik, oder ob auch gegen aussen, d. h. vor allem gegen Frankreich und Polen kehren. Mir scheint auch das Zweite sehr wahrscheinlich. Es wäre ja sehr zum Verwundern, wenn diejenigen deutschen Kreise, deren Werk die geheime Rüstung ist (die übrigens nun kein Geheimnis mehr darstellt) nicht auch gegen aussen die alte deutsche Militärmacht wieder herzustellen versuchten. Doch kommt es im Endergebnis auf das Gleiche hinaus, wenn diese Vorbereitungen zunächst bloss gegen die Republik gehen. Denn ein monarchistischer Umsturz in Deutschland würde selbstverständlich zu einer neuen, grossen Kriegsgefahr nach aussen. Es bleibt also im Angesicht dieser Tatsache der deutschen „Aufrüstung“ den Friedensfreunden nur die Hoffnung, dass die Friedenskräfte im deutschen Volke sich um so stärker regen möchten, je mehr die Kontrolle von aussen aufhört oder unwirksam wird. Diese Hoffnung aber dürfen wir wohl hegen; sie hat vielleicht mehr Grund, als man gewöhnlich glaubt.

Es bleibt im übrigen dabei, dass sich die Gefahrzone vom Rhein weg nach dem näheren und ferner Osten verschoben hat. Dunkle Wolken steigen

immer wieder über dem pazifischen (= friedlichen!) Ozean auf. Das grosse Ereignis ist Chinas Befreiung vom europäisch-amerikanischen Joch. Das ist, wie wir schon oft und schon lange gesagt, eine gute und heilige Sache. Aber es ist natürlich eine Ursache grosser Gärung. Denn hungrige Raubtiere, die um ihre gemeinsame Beute kommen, können in ihrer Wut leicht selbst über einander herfallen. Und Moskau wühlt in aller Welt. Es hat dabei, wie wir auch schon oft betont, viel Recht auf seiner Seite; nur dass in seinen Händen dies Recht sich wieder in Unrecht und Fluch verwandelt. Es ist infolge dieser Rolle des Bolschewismus bei der Erhebung Asiens (und Afrikas) bekanntlich der alte Gegensatz zwischen Russland und England im Ringen um die Welt neu entstanden. Er bietet in der Tat einen Teilaspekt der gesamten heutigen Weltlage. Dieses Verhältnis würde sofort eine gründliche Aenderung erfahren, wenn in England wieder eine Arbeiterregierung aufkäme. Inzwischen versucht die konservative, wie es scheint, eine Schwenkung ihrer Politik zu Gunsten der chinesischen nationalen Revolution zu vollziehen, aber sie kommt vielleicht nach Torschluss. Chamberlain ist der formelle Träger einer englischen Politik, die es mit der starken Hand versuchen wollte und will, wie man sie in Aegypten gezeigt hat — ein weiterer moralischer Rechtstitel auf den Nobelpreis!

Auf diese Erteilung des Nobelpreises für den Frieden an Briand, Chamberlain, Dawes und Stresemann, muss der Chronist noch mit einem Worte eingehen, weil sich darin die ganze Unwahrheit spiegelt, welche gewissen Formen der Friedenssache anhaftet. Briand, der noch jener Ehre am würdigsten erscheint, ist der Minister des Marokkokrieges gewesen; Stresemann war während des Weltkrieges ein wilder Annexionist, und es ist sehr fraglich, ob er sich innerlich geändert hat; Dawes ist verbunden mit einer Sache, die zwar relativ notwendig und nützlich, an sich aber misslich und bösartig ist; Chamberlain aber hat neben den schon aufgezählten andern, das Verdienst, das Genfer Protokoll, dieses Friedensinstrument ersten Ranges, zerstört und damit dem Kampf um den Weltfrieden eine der schwersten Niederlagen bereitet zu haben, die er je erlitten. Dafür bekommt er den Nobelpreis für Verdienste um den Frieden, wegen Locarno, das für ihn doch nur ein diplomatisches Schachspiel war. Diese vier Leute bekommen den Friedenspreis, nicht Förster, Wehberg, von Gerlach, Charles Richet, Stephen Hobhouse, Richard Catchpole, Walther Ayles, Runham Brown, Kirby Page und so viele andere wirkliche Bekenner und Märtyrer des Friedens — man hatte sogar im Jahre 1925 keine Verwendung dafür! Nun, es ist ja gut, dass die wirklichen Bahnbrecher des Guten zum Lohn stets die Dornenkrone haben; was aber diese Heuchelei in der Friedenssache betrifft, so ist sie nur möglich, weil diese auch in der echten und ehrlichen Form eine Macht geworden ist.

Daran schliesse ich noch die Bemerkung, dass die Weltlage nicht bloss nach den Zeitungen zu beurteilen ist. Diese sind meistens (Ausnahmen also abgerechnet) der Ausdruck der politischen Oberfläche und die Weltlage erscheint in diesem Spiegel zu düster. Es sind andere Kräfte vorhanden, als die in den Diplomatenstuben, Kasernen und Munitionsfabriken (geistiger wie materieller Art) wirksamen, und diese Kräfte haben heute schon Macht. Freilich sind die Zeitungen auch wieder zu optimistisch; sie sehen die wirklichen Gefahren meistens zu wenig. Diese müssen wir sehen. Das wahre Bild der Weltlage wird sein: gewaltiger Kampf zweier Mächte, Notwendigkeit, wachsam und gerüstet zu sein, aber dafür Aussicht auf Sieg.

6. Jan.

Schweizerisches. 1. Das Getreidemonopol. Zu der Abstimmung über das Getreidemonopol sind zunächst ein paar Bemerkungen allgemeiner Natur zu machen.

Ich schicke voraus, dass nach meinem Urteil auch diesmal nicht die Ver-

werfung der Vorlage an sich so sehr zu bedauern ist (obschon ich nach langer Ueberlegung für sie gestimmt habe), als vielmehr die Art und Weise, wie man sie bekämpft hat. Meine Kritik entspringt nicht einer Verärgerung über das Ergebnis der Abstimmung. Wären es andere Motive gewesen, die dazu geführt, so hätte ich mich sogar, ohne das Ergebnis zu begrüssen, doch über die Ursachen der Verwerfung freuen können.

Was bei diesem Abstimmungskampfe wieder einmal mit erschreckender Krassheit hervortrat, war die demagogische Verachtung des Volkes. Denn eine solche liegt in der Wahl der Kampfmittel, die immer mehr üblich werden. Diese rechnen immer ungescheuter mit der Dummheit und Gemeinheit der Massen, und leider nicht ohne Grund. Einen ernsthaften Kampf um die Wahrheit gibt es nicht mehr, nur noch einen um die Macht. Die Hauptwaffe ist die Lüge, besonders in der Form der Verleumdung. Jede Lüge ist recht, auch die dümmste, wenn sie nur wirkt. Man hat nachgerade ein ganzes Zeughaus damit angefüllt. Wenn irgend eine Vorlage kommt, die den grossen Geldsack wirklich bedroht und den kleinen vielleicht zu bedrohen scheint, dann heisst es: Moskau, Diktatur, Generalstreik 1918, Grippetote; obs passe oder nicht passe, ist ganz gleichgiltig. Diesmal kam noch, auf Seite einer katholischen Demagogie — die Religionsgefahr dazu; man denke: Getreidemonopol und Religionsgefahr!

Diese ganze Tatsache gilt es zu bedenken; so weit also sind wir durch das Prinzip des reinen Machtkampfes gelangt, dass die Wahrheit nichts mehr und die Lüge alles ist.

Das Zweite, was mir an diesem Abstimmungskampfe bedeutsam vorkam, war der Ansturm gewisser bürgerlicher Kreise gegen den Staat, ausgerechnet gegen den Staat, der sonst ihr Gott ist.

Das ist nun eine ganz merkwürdige Sache. Gegen den Götzen Staat kämpfen sonst doch wir andern. Und offen gestanden: meine Bedenken gegen jede Verstärkung der Staatsallmacht und Staatsbürokratie hatten auch mich lange gehindert, mich für das Getreidemonopol zu erwärmen. Wäre es nun aus diesem Motiv, aus einer Verneinung des Staatsgötzentums heraus verworfen worden, so hätte ich, wie ich schon bemerkt, das Ergebnis bedauert, aber des Motivs mich gefreut.

Aber wir stossen in Wirklichkeit auch hier wieder bloss auf eine grosse Lüge. Eine grosse Lüge ist diese Wendung gegen den Staat zwar nicht etwa bei allen Monopolgegnern, aber bei jenen, die schon am Tage nach der Abstimmung dem Götzen Staat sofort wieder räuchern, sobald er mit seiner brutalsten, empörendsten Forderung auftritt, die im Militarismus sich darstellt. Sofort ist dieser Staat, an dem man kein gutes Haar liess, als er nach dem grossen Geldsack zu greifen schien, wieder der grosse Gott, wenn er nach dem Menschen greift. Eine heilige Entrüstung erhebt sich wider die, welche erklären, dass es ein Gewissen gebe, das man unter Umständen sogar gegen ein Staatsgesetz behaupten müsse. Auf einmal ist der Staat das Absolute, vor dem sogar Gott sich beugen muss. Man sieht, was es mit der Opposition gegen den Staat bei diesen Leuten auf sich hat: sie behaupten gegen den Staat ihren Mammon, aber sie geben ihm willig ihre Kinder. Was ist denn aber wohl in letzter Instanz ihr Gott? Der Staat oder etwas anderes?

Wieder blicken wir in einen Abgrund sittlicher Auflösung.

Zu diesen Bemerkungen über den Abstimmungskampf seien noch einige über das Getreidemonopol gefügt. Was mich an diesem, dessen technische Seite zu beurteilen ich mich nicht kompetent fühlte, angezogen hat, war Dreierlei. Zum Ersten: Ich habe mich von Dr. Gadiant überzeugen lassen, dass nur auf diesem Wege unsern Bergbauern zu helfen sei. Dr. Gadiant ist berufen, dies zu beurteilen. Die Erhaltung und Förderung unseres Bergbauernstandes dünkt mich aber eine nationale Notwendigkeit ersten Ranges. Wenn einer das

nicht schon von sich aus einsähe, so müsste er es nach der Lektüre des Buches über das Prättigau von Dr. Gadiant einsehen. Weil aber der Mensch wichtiger ist, als die Wirtschaft oder, besser gesagt, weil der Mensch auch der Hauptfaktor der Wirtschaft ist, so haben gegen diesen Gesichtspunkt die nur wirtschaftlichen, vom Menschen absehenden, zurückzutreten. — Zum Zweiten: Es dünkt mich ebenso eine nationale Aufgabe, dass unsere Landwirtschaft nicht zu einseitig werde, also zum Beispiel nicht bloss in Milchwirtschaft oder Aufzucht von schönem Vieh aufgehe. Das Bauerntum verlöre damit viel von seinem seelischen Reichtum und diesen betrachte ich immer noch als den Hauptreichtum. Auch unser ganzes Land und Volk verlöre einen nicht kleinen moralischen Wert, wenn das Getreidefeld aus dem Schweizerland verschwände. Hüten wir uns davor, solche Grundelemente des Lebens gering zu schätzen! Das ist auch ein gut sozialistischer Gesichtspunkt. Denn je einseitiger der Bauer wird, desto mehr wird ihm das Produkt seines Stalles und seiner Felder bloss Ware, wird er Kapitalist. Darum muss man ihm helfen, dass er ein Bauer bleiben kann, dass die Landwirtschaft Seele und geistigen Reichtum behält. Auch hier ist der Mensch mehr als die Wirtschaft, ist die beste Wirtschaft die, welche mit dem lebendigen Menschen rechnet. Das zu betonen, z. B. gegen ein abstraktes Freihandelsprinzip (das ohnehin nicht sozialistisch ist) bedeutet allerbesten Sozialismus. Freilich, das muss man betonen, nicht, wie bezeichnenderweise auch „Sozialisten“ taten, die Notwendigkeit, uns für den Kriegsfall zu sichern! Jene moralischen, seelischen, menschlichen Güter müssen bei jeder künftigen Regelung dieser Sache gewahrt werden. Das ist lebenswichtig! Zum Dritten: Ebenso lebenswichtig für unser Volk ist das Zusammengehen von Bauer und Arbeiter, das sich bei diesem Anlass zum ersten Mal seit langer Zeit, in grösserem Masstabe zeigte. Das ist eine Wendung von allergrösster Tragweite. Gewiss, diesmal war es noch vorwiegend der Opportunismus, der diese beiden sonst so sehr getrennten Heere zu einer Front vereinigte; gewiss ist auf beiden Seiten der Wille zum Zusammengehen noch nicht tief und aufrichtig, und zwar ist der Widerstand auf der bäuerlichen Seite sehr viel grösser als auf der Seite der Arbeiterschaft. Trotzdem, es wäre schön gewesen, wenn die Arbeiterschaft einmal den Bauern in ihrer Notlage zu Hilfe gekommen wäre. Auf dieser Linie muss es unbedingt weiter gehen. Es gibt für unser Volk wie für unsern schweizerischen Sozialismus nur auf dieser Linie Zukunft. Der Bund von Bauernschaft, Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, wozu noch starke Kontingente aus andern Kreisen, besonders denen der „Intellektuellen“, stossen müssten und stossen werden, das ist das Volk, das die politische und soziale Zukunft der Schweiz tragen wird. Jeder Sozialismus, der das erkennt, wird bald auf den Sand geraten. Dass in diesem Sinne ein weiterer Zerfall der alten, überlebten und unwahr gewordenen politischen Gruppierung und die Bildung einer neuen, besseren, sich darin deutlich abzeichneten, ist das grosse Aktivum dieses Kampfes.

2. Der Grimmrummel. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Getreidemonopol und dem „Fall Grimm“. Man weiss, dass dieser „Fall“ zum guten Teil als eine Kampfzunge gegen das Monopol gedacht war. Aber es ist auch zu sagen, dass es jene Taktik ist, die sich vor allem mit dem Namen dieses Mannes verbindet, durch welche allein es möglich geworden ist, dass die bürgerliche Demagogie sich jener Schlagwörter wie „Moskau“, „Diktatur“, „Generalstreik 1918“ und so fort mit solchem Erfolg bedienen kann.

Doch wiederhole ich: auch wir Gegner Grimms hatten nichts gegen seine Wahl zu der weltbedeutsamen Würde eines Präsidenten des schweizerischen Nationalrates. Nicht dass wir Freude gehabt hätten, gerade diesen Mann als Vertreter der Sozialdemokratie oder gar des Sozialismus dort zu sehen, aber es sind dort schon manche gesessen, die als politische Gestalten nicht besser waren als er. Und auch das meine ich mit gutem Gewissen sagen zu dürfen:

am Generalstreik von 1918 ist Grimm unschuldig.¹⁾ An dem sind die bürgerlichen Politiker und Militär direkt und indirekt schuldig, und sie also auch an den Grippetoten, sofern man es nicht lassen kann, diese irgend jemand zur Schuld zu machen. Der Generalstreik ist in Zürich erzwungen worden als Protest gegen das Auftreten des Militärs, das heisst gewisser militärischer Führer, vielleicht sogar gegen Grimms Willen. Und die Forderungen, die mit ihm verbunden wurden, waren nur zu harmlos. Grimms grosse, sehr grosse Schuld ist seine sonstige Politik. Eine seiner schlimmsten Sünden ist sein „Memorial“. Er hat damit unserer Sache unermesslich geschadet. Aber eine praktische Bedeutung für die Politik der Arbeiterschaft hatte es in jenen Tagen nicht. Grimm galt damals infolge seiner russischen Affäre in der Partei selbst nicht allzuviel. Jedenfalls, was er gesündigt hat, das hat er gegen den Sozialismus, nicht gegen das Bürgertum gesündigt. Dieses hat alle Ursache, ihm dankbar zu sein.

Zweierlei hebt sich auch aus diesem Kampf um Grimm als allgemein bedeutsam heraus.

Da ist einmal der Umstand, dass man einen solchen Präsidentensitz im Berner Bundeshaus so wichtig nimmt. Das ist ein Stück unseres schweizerischen Elends. Solche Sitzfragen und solche Personenfragen nehmen wir leidenschaftlich wichtig, aber die wahrhaft wichtigen Dinge lassen uns kühl. Und dabei ist es ja keineswegs so, dass wir Personenfragen im richtigen Sinne wichtig nähmen. Sonst wären allerlei Leute nicht mehr an der Spitze unseres Landes und unserer Partei! So lange dieses Verhältnis sich nicht umkehrt, wird es bei uns nicht besser werden.

Der zweite, noch bedeutsamere und noch verhängnisvollere Zug an dieser Geschichte ist der Umstand, wenn scheinbare Gegner sich wieder ganz wunderbar in die Hand arbeiten. Die Reaktionäre, die Grimms Wahl verhinderten, haben Grimms im Sinken begriffenen Einfluss gestärkt und Grimms Einfluss stärkt wieder den der Reaktionäre. Diese können einen Sozialismus von der Grimmschen Observanz leicht bekämpfen und dieser kann sich leicht auf die Haltung jener Reaktionäre berufen. Es ist als ob sie sich verabredet hätten. Im Kleinen ist es das Gleiche, wie wenn deutsche und französische Nationalisten einander in die Hände arbeiten, auch sie wie auf Verabredung. In Wirklichkeit gehören sie ja auch zusammen; sie sind aus demselben Teig, nur ist dieser das eine Mal rot, das andere Mal schwarz, das eine Mal weiss und blau, das andere Mal schwarz-weiss-rot angestrichen. Es ist ein *circulus vitiosus*; dass er zerbrochen wird, öffnet allein den Weg in die bessere Zukunft.

28. Dez. 1926.

Zur Pfarrwahl in Mitlödi. Vom Vorstand der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer ist uns folgende Erklärung zugestellt worden:

Die Vorgänge in der glarnerischen Gemeinde Mitlödi, die zur Demission von Herrn Pfarrer Kobe geführt haben, haben eine persönliche und eine prinzipielle Seite. Zur persönlichen haben die glarnerischen Pfarrer in einer Erklärung an die Presse schon das Nötige gesagt und wir begnügen uns damit, hier ihre Kundgebung dringend zu unterstützen.

Was die prinzipielle Seite betrifft, so wird die ganze Angelegenheit von beiden Parteien natürlich in eine sehr verschiedene Beleuchtung gerückt, so dass es dem Fernestehenden ungemein schwer wird, ein sicheres Urteil zu gewinnen. Aber unwidersprochen ist die Tatsache, dass in der Kirchgemeinde-Versammlung vom 29. Mai, an der die Wahlhandlung vorgenommen und Pfarrer Kobe auf drei Jahre wiedergewählt werden sollte, der Präsident den Antrag stellte, die Gemeinde solle beschliessen:

¹⁾ Wenn ich in diesem Zusammenhang von „Schuld“ und „Unschuld“ rede, so will ich damit nicht jenen Generalstreik als eine „Schuld“ hinstellen. Ich habe damals jenen Generalstreik weder einfach verurteilt, noch für eine besonders glückliche Aktion gehalten und denke darüber auch jetzt so.

1. Der Pfarrer hat im kirchlichen Unterricht jede antipatriotische Beeinflussung der Kinder zu unterlassen;

2. dem Pfarrer ist im Amt und neben dem Amt jede antimilitaristische Propaganda untersagt.

Die Gemeinde nahm diese Anträge an. Pfarrer Kobe, dem vorher davon nichts mitgeteilt worden war, erklärte in der Aufregung zunächst, mit Rücksicht auf seine Familie, sich diesen Bedingungen zu unterziehen. Darauf wurde er im Amt bestätigt. Bei nachheriger Ueberlegung aber sagte er sich, dass er eine solche Beschränkung seiner Lehrfreiheit um seines Amtes willen nicht annehmen dürfe und dass sie gegen die Verfassung sei. Er reichte Rekurs an die Regierung ein. Diese hiess ihn gut, soweit in dem Beschluss eine Bindung für die Betätigung neben dem Amt liege, die der durch die Verfassung garantierten politischen Meinungsfreiheit widerspreche, kassierte die Wahl und ordnete Vornahme einer neuen Wahlhandlung an. Als für diese die Gemeindebehörde Nichtwiederwahl beantragte, kam Pfarrer Kobe derselben durch Demission zuvor.

Wir können hier nicht die Frage aufrollen, ob wir mit unserer Bekämpfung von Krieg und Kriegsvorbereitung mit dem Evangelium in Uebereinstimmung stehen. Hier steht Ueberzeugung gegen Ueberzeugung, und es gibt für die Entscheidung keinen andern Weg, als den für Wahrheitsfragen immer und überall gemeinsamen. Aber wir müssen die Kollegen, auch diejenigen, die unsere antimilitaristische Ueberzeugung nicht teilen, darauf hinweisen, dass hier die Frage der Lehrfreiheit des Pfarrers in einer Weise beantwortet wird, die für jeden Kollegen verhängnisvoll werden könnte. Ist es nicht eine unerträgliche Fessel, wenn die Gemeinde in dieser Weise dem Pfarrer vorschreibt, was er zu predigen habe? Heute darf er den Militarismus nicht angreifen, morgen den Alkohol, übermorgen allerlei kapitalistische Auswüchse, wieder ein andermal versucht man ihn nach amerikanischem Muster auf die biblische Schöpfungsgeschichte als naturwissenschaftliche Autorität zu verpflichten. So stellen uns die Vorgänge in Mitlödi vor die Frage: hat die Gemeinde zu bestimmen, was der Pfarrer zu predigen hat? Ist die Freiheit der pfarramtlichen Verkündigung, die ihre Schranke nur im Evangelium und der Verantwortung vor Gott hat, damit nicht in verderblicher Weise eingeschränkt?

Wir wollen die pfarramtliche Freiheit gewiss nicht übertreiben und dem Pfarrer keine absolute Willkür einräumen. Eine Gemeinde soll das Recht haben, den Pfarrer zu wählen, dem sie ihr Vertrauen schenkt, dessen religiöse Haltung mit der ihrigen harmoniert. Auch der Gemeinde soll die Freiheit nicht verwehrt sein, da wo diese Harmonie und das Vertrauen völlig fehlt, einen Wechsel eintreten zu lassen. Es wäre unbillig, wenn der Pfarrer völlig ungebunden, die Gemeinde aber gebunden wäre, sich von seiner Seite alles vorsetzen zu lassen, was ihm beliebt.

Aber anderseits ist es falsch, wenn der Pfarrer einfach wie der Angestellte der Gemeinde betrachtet wird, ganz entsprechend dem Angestellten eines Betriebes, der sich von seinem Chef seine Vorschriften muss machen lassen. Dabei geht die kritische Funktion des Evangeliums verloren, das eben nicht einfach das Bestehende sanktionieren, die Menschen in ihrem alten Wesen, auch ihrer gewohnten Frömmigkeit befestigen, sondern in jene tägliche Busse hineinführen soll, aus der nach Luthers erster These unser ganzes Christenleben bestehen soll. Hier gilt es den Anfängen zu wehren, sonst kommt es so weit, dass der Pfarrer nur noch sagen darf, was die Gemeinde oder ihre massgebenden Persönlichkeiten wünschen. Es werden sich immer Schwierigkeiten daraus ergeben, dass die Pfarrer einerseits von den Gemeinden gewählt, oft sogar direkt von diesen besoldet sind, und anderseits als Verkündiger der göttlichen Botschaft, nur ihrem himmlischen Herrn verantwortlich, durch gar nichts als das Evangelium gebunden, durch keine menschliche Rücksicht gehemmt, den Gemeinden gegenüber treten sollten. Sie dürfen auf nichts anderes als das Evangelium ver-

pflichtet werden. Wenn eine Gemeinde, wie in Mitlödi, den Versuch macht, den Pfarrer auf etwas anderes zu verpflichten, so ist dagegen grundsätzlich Verwahrung einzulegen. Soweit unserm Kollegen Kobe auch für die Betätigung seiner politischen Ueberzeugung neben dem Amt Schranken auferlegt werden sollten, hat die Glarner Regierung ja seinen Rekurs gutgeheissen. Wir müssen aber auch gegen diese Beschränkung seiner Freiheit im Amte protestieren. Es sei denn, dass er durch klare Gründe der heiligen Schrift seines Irrtums überführt oder ihm ein Verstoß gegen die Amts- und Kirchenordnung nachgewiesen werde, darf sich der Pfarrer eine solche Bindung nicht auferlegen lassen. Es kann sich zunächst ja um etwas handeln, das der Pfarrer glaubt, versprechen zu können, wie Kollege Kobe im ersten Augenblick auch meinte, darauf eingehen zu sollen. Aber er weiss nicht, ob sich seine Ueberzeugung nicht im Lauf der Zeit ändert; darf da seinem Gewissen eine solche Fessel angelegt werden? Es wird so dem Pfarrer seine Eigenschaft als Zeuge des Evangeliums genommen. Sein Ordinationsgelübde hat es ihm auferlegt, dass seine Verkündigung im Evangelium seine Quelle und zugleich seine Schranke hat. Dass die Kirche auch eine gewisse Ordnung braucht, zu deren Einhaltung der Pfarrer verpflichtet wird, ist ja auch unbestreitbar. Aber weitere Bestimmungen aufzustellen, hat eine Gemeinde kein Recht, denn das geht gegen die Grundsätze der Reformation. Das führt dazu, dass die Gemeinde auch den Widerstand gegen das Evangelium, den Glaubensungehorsam durch Gemeindebeschluss sanktionieren kann.

Wir widerholen, auch die Gemeinde soll nicht gegen pfarrherrliche Willkür wehrlos sein. Aber es sei auch daran erinnert, dass die Gemeinde die völlige Freiheit behält, der Verkündigung ihre innere Zustimmung zu versagen. Bei der evangelischen Glaubensselbständigkeit ist der Einzelne nicht auf Gedeih und Verderb der Verkündigung des Pfarrers ausgeliefert. Das Vertrauen aber zur Ueberzeugtheit der Verkündigung ist auch davon abhängig, ob diese in der völligen Freiheit der Ueberzeugung geschieht. Die Kraft der Verkündigung ist von der Freiheit der Ueberzeugung wesentlich abhängig. Darum bedeutet die Antastung dieser Freiheit eine Gefahr für unsere Kirche.

Wir erlauben uns, die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine Instanz geschaffen werden könnte, die solche Konflikte seelsorgerlich beiden Teilen gegenüber zu behandeln hätte, ehe zur ultima ratio der Wegwahl gegriffen werden dürfte. Sie hätte unbedingt da einzugreifen, wo eine kirchliche Gemeindebehörde den Antrag auf Nichtwiederwahl stellt, und zwar bevor die Gemeinde darüber abgestimmt hat.

Es sei uns aus Anlass dieses Falles noch eine besondere Bemerkung gestattet. Ueberall wird uns gegenüber verlangt, dass der Pfarrer die Hände von der Politik lasse. Wenn der Pfarrer im Sinne des Bestehenden sich politisch betätigt, wenn er zu Gunsten unseres Militärs sich ausspricht und den üblichen Patriotismus vertritt, da lässt man sich ruhig gefallen. Aber sobald der Pfarrer Oppositionspolitik treibt, will man uns das verbieten, als ob es gegen unser Amt verstosse. Entweder es werden dem Pfarrer seine politischen Rechte genommen; dann sollen aber auch alle davon betroffen werden. Lässt man sich das aber nicht gefallen — und die grosse Mehrzahl unserer Kollegen wird dazu nicht gewillt sein — so ist das, was dem Militärfreunde recht ist, auch dem Antimilitaristen billig. Denn wir beanspruchen die Anerkennung, dass unsere Stellung nicht minder als die unserer Gegner der Sorge um das Wohl unseres Landes und Volkes entspringe.

So erlauben wir uns, als die in diesem Falle unmittelbar Betroffenen auf die grundsätzliche Bedeutung der Vorgänge in Mitlödi aufmerksam zu machen. Ueber unser inneres Recht innerhalb unserer evangelischen Kirche wird noch oft zu reden Gelegenheit sein.

Der Vorstand der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer:

R. Liechtenhan, Basel; J. Oettli, Derendingen; P. Trautvetter, Hönegg;
K. von Greyerz, Bern; E. Waldvogel, Les Eplatures.

Ein Familien-Schülerheim. Einige Leser erinnern sich gewiss jenes Pfarrers Eberlein, der mit seinem Kollegen Buchwald in Stettin für den Sozialismus und die Arbeiterschaft eintrat und infolge davon sein Amt aufgeben musste. Nach schweren Leiden in einem staatlichen Schülerheim gelandet, wird er nun durch eine neue, nationalistisch gesinnte Regierung auch von dort vertrieben. Er übernimmt dafür das Schülerheim von Prof. Hoppe in Schwedt an der Oder (Karlsplatz 6). Das kleinere Haus nimmt Kinder auf, die für das Realgymnasium der Nachhilfe bedürfen, daneben aber auch schulmüde Kinder, die im Hause selbst Gesamtunterricht erhalten. Wir möchten hiemit Leser, die in die Lage kommen könnten, ihre Kinder in ein solches Heim zu schicken und denen der Ort gelegen wäre, auf das Haus unseres Gesinnungsgenossen aufmerksam machen. Er verdient als tapferer Kämpfer und Märtyrer für einen religiösen Sozialismus und eine soziale Religion gewiss alle Unterstützung der Mitkämpfer.

Von Büchern

1. Der bekannte Sinologe Richard Wilhelm hat soeben ein Buch herausgegeben, dem man einen grossen Leserkreis wünschen möchte. Die Seele Chinas, so lautet der vielsagende Titel dieses interessanten Buches. (Verlag Reimar Hobbing, Berlin.)

Richard Wilhelm, jetzt Professor in Frankfurt, schreibt darüber in seinem Vorwort: „Ich habe das grosse Glück gehabt, 25 Jahre meines Lebens in China zu verbringen. Ich habe Land und Volk lieben gelernt wie jeder, der lange dort weilte. Aber gerade die jetzt vergangenen 25 Jahre waren besonders wichtig, weil sie es waren, in denen Altes und Neues sich trafen. Ich habe noch das alte China gesehen, das für die Jahrtausende zu dauern schien. Ich habe seinen Zusammenbruch miterlebt und habe gesehen, wie aus den Trümmern neues Leben blühte. Im Alten wie im Neuen war doch etwas Verwandtes: eben die Seele Chinas, die sich entwickelte, die aber ihre Milde und Ruhe nicht verloren hat und hoffentlich nie verlieren wird.“

Vorurteilslos kam der Verfasser diesem Volke entgegen. Nicht nur als Lehrer, sondern vor allem auch als Mensch im Verkehr mit Hoch und Niedrig bot sich ihm Gelegenheit, mit den Chinesen und ihrer Kultur vertraut zu werden. Er sah eben auch im verachteten Kuli den Menschen und behandelte ihn mit der gleichen Achtung wie den höchsten chinesischen Würdeträger. Dies war der Zauberstab, der ihm die Herzen dieses Volkes öffnete. Wilhelm beherrscht auch das Chinesische wie wenige Europäer und hat umfassende Studien gemacht; daher ist er der berufene Vertreter, diese uns fremde Psyche unserem Verständnis näher zu bringen, damit wir innere Fühlung zu diesem eigenartigen, hochgebildeten Volke und seiner Kultur gewinnen.

Heute ist das Reich der Mitte am Erwachen. Eine neue Zeit bricht an. Diese Neugestaltung Chinas aus der Tiefe heraus kann von grösster Bedeutung für Europa und seine Zukunft werden, wenn es diesem Volke auf menschlichem Boden entgegentritt und nicht als Ausbeuter in brutalem Egoismus. Es handelt sich dabei nicht um die sogenannte „gelbe Gefahr“, dieses Schreckgespenst, das in den Köpfen vieler Europäer spukt, und das mehr oder weniger auf Unkenntnis der chinesischen Verhältnisse beruht, sondern um das Freiwerden geistiger Kräfte und ihre Beeinflussung des Geisteslebens im Westen.

Wie Wilhelm in seinem Buche veranschaulicht, dringt die Mechanisierung des Lebens von Westen her mächtig in China ein und nimmt immer